



Lehr- und Handbücher zur Ökologischen Unternehmensführung und Umweltökonomie

Herausgegeben von
Dr. Carlo Burschel

Bisher erschienene Werke:

Birke · Burschel · Schwarz (Hrg.), Handbuch
Umweltschutz und Organisation
Bringezu, Umweltpolitik
Jens, Ökologieorientierte Wirtschaftspolitik
Steger (Hrg.), Handbuch des integrierten
Umweltmanagements
Strebel · Schwarz (Hrg.), Kreislauforientierte
Unternehmenskooperationen

Ökologieorientierte Wirtschaftspolitik

Von
Professor
Dr. Uwe Jens

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Jens, Uwe:

Ökologieorientierte Wirtschaftspolitik / von Uwe Jens. – München ;
Wien : Oldenbourg, 1998

(Lehr- und Handbücher zur ökologischen Unternehmensführung und
Umweltökonomie

ISBN 3-486-22258-9

© 1998 R. Oldenbourg Verlag
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0, Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
Gesamtherstellung: Hofmann-Druck Augsburg GmbH, Augsburg

ISBN 3-486-22258-9

Vorwort

Die Ökonomie ist bekanntlich eine Erfahrungswissenschaft. Sie beschreibt und analysiert wirtschaftliche Erscheinungen in der Praxis und bildet durch Abstraktion Theorien von allgemeingültigerem Charakter. Der Aussagewert oder Wahrheitsgehalt dieser Theorien ist naturgemäß begrenzt. Wenn die ökonomische Theorie bestimmte Sachverhalte mißachtet - und das kommt immer wieder vor -, liegt dies an der unzureichenden praktischen Erfahrung oder u.a. auch an falscher Prioritätensetzung durch die Wissenschaftler. Bei dem Problem der Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung lag zum Beispiel die unzureichende wissenschaftliche Befassung in der nicht vorhandenen praktischen Erfahrung. Der umfassenden Literatur, die den umgekehrten Vorgang von der Marktwirtschaft in eine Zentralverwaltungswirtschaft beschrieben und gefordert hat, mangelte es dagegen an wissenschaftlicher Seriosität. Sie ist bestenfalls in die Rubrik "Philosophie" einzuordnen. Das Thema "Umwelt, externe Kosten, Naturverzehr", allgemein gesagt: "Ökologie", wurde dagegen von der "herrschenden" Wissenschaft lange Zeit ausgeblendet oder mißachtet. Es war für die Wissenschaft zur Erklärung des Produktions- oder Allokationsprozesses nicht relevant; es mangelte an entsprechendem Problembewußtsein. Erst in den beiden letzten Jahrzehnten findet dieses Problem in den Wirtschaftswissenschaften immer mehr Aufmerksamkeit, selbstverständlich auch aufgrund des gewachsenen Problemdrucks. Jetzt wird immer klarer, daß wir unsere Wirtschaftsordnung so umgestalten müssen, daß es auf längere Sicht zu einer "nachhaltigen" Produktions- und Wirtschaftsweise kommt. Richtig verstanden ist die Implementierung der ökologischen Problematik nichts anderes als die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf Dauer Bestand haben kann. Dieser Umdenkungs- und Umstrukturierungsprozeß wird jedoch noch viel wissenschaftliche und politische Arbeit erfordern und noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Das aktuelle Angebot an Lehrbüchern zur Wirtschaftspolitik greift weitgehend auf das neoklassische Theoriegebäude zurück und akzeptiert damit die hergebrachte individualistisch-mechanische Betrachtungsweise in Wirtschaft und Politik. Diese Sichtweise ist weit verbreitet, hat viele neue Erkenntnisse gebracht und hat sicherlich von Fall zu Fall ihre Berechtigung; sie geht jedoch weitgehend auf wechselseitige Kausalverhältnisse zurück und ist dementsprechend einseitig orientiert. Dies muß auf Dauer zu Fehlinterpretationen und -entwicklungen führen. Der Mathematiker Henri Poincare hatte 1892 festgestellt, daß eine minimale Abweichung bei den Eingangsgrößen einer Berechnung zu gänzlich unterschiedlichen Resultaten führen kann. Der Präsident der Fraunhofer Gesellschaft, Hans-Jügen Warnecke, schreibt: Relativitätstheorie und Quantenmechanik markieren den Abschied vom Kausalitätsprinzip. "Wenn Zustände prinzipiell nicht eindeutig beschrieben werden können, und aus dieser Unsicherheit die Unmöglichkeit

der Vorhersage des Systemverhaltens folgt, muß das Weltbild neu geordnet werden." Die bisher praktizierte Vorgehensweise in der Ökonomie bedarf daher dringend der Ergänzung. Die herkömmliche Wirtschaftstheorie, basiert im allgemeinen auf einer sog. "negativen Rückkoppelung". Ein Beispiel: je mehr von einem Konsumgut produziert wird, um so aufwendiger ist es mehr zu produzieren und abzusetzen. Dieser Vorgang wirkt größeren Änderungen im Wirtschaftsgefüge entgegen und stabilisiert das System. Die Realität sieht jedoch häufig anders aus: Kleine Veränderungen in der Produktion durch Innovationen können sich zu neuen, großen Wirkungen aufschaukeln. Das mechanistische Denken, das unserer herrschenden neoklassischen Theorie zugrunde liegt, wird deshalb abgeändert werden müssen durch neue Modelle, die eher den Chaostheorie vergleichbar sind. In diesen Modellen wird die ökonomische Theorie vom streng linearen und kausalen Denken abrücken müssen. Sie wird die Praxis der marktwirtschaftlichen Ordnung besser widerspiegeln, als die jetzt vorherrschende neoklassische Theorie. Dringend notwendig ist eine neue, ganzheitlich-ökologische Betrachtungsweise, wie sie in den letzten Jahren in einigen neueren wirtschaftstheoretischen Abhandlungen auch schon eingeführt worden ist.

Nahezu alle Lehrbücher zur Wirtschaftspolitik gehen ferner von einer weitgehend eigenständigen Volkswirtschaft aus, in der die Träger der Politik vielfache Gestaltungsmöglichkeiten besitzen. Einige Ökonomen definieren sogar, daß von Wirtschaftspolitik nur dann gesprochen werden kann, wenn der Zentralstaat, also die Bundesregierung gestaltend aktiv wird. Dabei werden jedoch die Abhängigkeiten und Zwänge, denen die Bundesregierung verstärkt ausgesetzt ist, völlig mißachtet. Diese herkömmliche Betrachtungsweise der Wirtschaftspolitik ist ebenfalls zu eng geworden und es gilt auch sie zu überwinden. Es ist dringend erforderlich, die Wirtschaftspolitik eines Landes, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. Zwischen Volks- und Weltwirtschaft gibt es wachsende, vielfache Verbindungen und Abhängigkeiten, die bei der Erörterung verschiedener Politikbereiche von vornherein Beachtung finden müssen. Der Begriff der "Nationalökonomie", der lange Zeit seine Berechtigung hatte, ist heute überholt. Die Volkswirtschaft ist vielmehr zu einem Teil der Weltwirtschaft geworden, was in Theorie und Politik verstärkt zu beachten ist.

Dieses Buch will und kann keinen umfassenden Überblick über alle Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik geben. Vielmehr sollen aufgrund eigener Erfahrungen, die gegenwärtig wichtigen Komplexe der Wirtschaftspolitik, unter Beachtung der beiden vorher genannten neueren Entwicklungen, dargestellt werden. Dabei geht es uns nicht um die Überwindung, sondern um die Vervollkommnung der Marktwirtschaft. Diese Ordnung hat zweifellos viele Schwächen und Mängel, die man erkennen und möglichst beseitigen muß; aber nur diese Ordnung, gewährt dem Einzelnen die Chance zu größerer Freiheit bei wachsendem Wohl-

stand zu gelangen. Unsere Marktwirtschaft und ihre Prinzipien sind aber ständig bedroht. Die meisten Marktteilnehmer, die sich so gerne lautstark auf die Marktwirtschaft berufen, meinen im allgemeinen nur ihre eigenen Interessen. Deshalb geht es auch darum die Eckpfeiler der Marktwirtschaft stärker zu verankern und ins allgemeine Bewußtsein zu rücken. Unsere "Sozialen Marktwirtschaft" ist nämlich nicht von Natur gegeben oder Gott gewollt, sondern einfaches Menschenwerk und dementsprechend muß man ihren Funktionsmechanismus erkennen und Fehleinstellungen, die immer wieder aufkommen, rechtzeitig beseitigen. Das Buch gliedert sich in 10 Abschnitte, die jeweils einen Problembereich mit wichtigen ökonomischen und ökologischen Fragen behandeln. Wir wollen uns dabei bemühen, wie es in der amerikanischen Literatur üblich ist, eine Sprache zu verwenden, die von jedem an Wirtschaftsfragen Interessierten ohne besondere Vorkenntnisse verstanden werden kann.

Ohne Rückkoppelung mit vielen anderen Personen und Unterstützung durch andere, ist so ein Buch für einen amtierenden Politiker mit enger Verbindung zum bestehenden Wissenschaftsbetrieb, nicht machbar. Für vielfältige Unterstützung möchte ich mich bei meinen Mitarbeiterinnen, Barbara Roth und Sissy Schmitt in Bonn, bedanken. Vor allem hatten wiederum meine Frau Inge und meine Tochter Maren ein gerüttelt Maß an Verzicht und Geduld zu beweisen und dafür gilt Ihnen mein besonderer Dank.

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Seite

1. Abschnitt: Grundbegriffe und das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

1.1.	Wirtschaftspolitik warum?	10
1.2.	Definition und Gliederungen zur Wirtschaftspolitik	14
1.3.	Rationale Wirtschaftspolitik	18
1.4.	Wer betreibt Wirtschaftspolitik?	19
1.5.	Der immergrüne Streit um Werturteile	23
1.6.	Vom Reduktionismus zum ganzheitlichen Denken	24
1.7.	Das "Entropiesgesetz"	27
1.8.	Ökonomische Ursachen der Umweltprobleme	28
1.9.	Ansätze einer ökologieorientierten Wirtschaftstheorie	30
1.9.1	Ansätze einer ökologieorientierten Wirtschaftspolitik	32

2. Abschnitt: Aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele

2.1.	Ziele als Problem der Wirtschaftswissenschaften	35
2.2.	Gesellschaftspolitische Ziele und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen	36
2.3.	Gliederung wirtschaftspolitischer Ziele und ihrer Beziehungen	39
2.4.	Hoher Beschäftigungsstand - und was ist das?	42
2.5.	Preisstabilität	43
2.6.	Leistungsbilanzausgleich warum?	45
2.7.	"Gerechtere" Einkommens- und Vermögensverteilung	46
2.8.	"Grenzen des Wachstums"	48
2.9.	Qualitatives Wachstum und Umweltschutz	49

3. Abschnitt: Probleme der Lageanalyse und der Informationsverarbeitung

3.1.	Allgemeine Probleme der Lageanalyse	52
3.2.	Statistische Unzulänglichkeiten	54
3.3.	Aussagekraft statistischer Meßzahlen - Wachstum oder qualitatives Wachstum!	55

3.4.	Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung	57
3.5.	Unzulänglichkeiten wissenschaftlicher Politikberatung	59
3.6.	Prognosen und Projektionen - Möglichkeiten und Grenzen	62
3.7.	Praktische Erfahrungen beim Blick in die Zukunft	63

4. Abschnitt: Einfluß von Interessen in Wirtschaft und Politik

4.1.	Gemeinwohl oder Individualinteresse	67
4.2.	Schumpeter als Vorgänger der Neuen Politischen Ökonomie	69
4.3.	Die Interessen in der "Ökonomischen Theorie der Demokratie" von A. Downs	70
4.3.1.	Grundannahmen	71
4.3.2.	Das Verhalten der Parteien	72
4.3.3.	Bewertung der Theorie von Downs	74
4.4.	Neue Politische Ökonomie und Umweltpolitik	75
4.4.1.	Die Interessen der verschiedenen Akteure	76
4.4.2.	Durchsetzbare und nichtdurchsetzbare Maßnahmen	77
4.5.	Die organisierten Interessen	79
4.5.1.	Organisationsvoraussetzungen	79
4.5.2.	Verbände und ihre politischen Maßnahmen	81
4.6.	Interessendominanz und demokratische Entwicklung	85

5. Abschnitt: Durchsetzungsprobleme, Konzeptionen und Leitbilder der Wirtschaftspolitik

5.1.	Konflikte in der Marktwirtschaft	88
5.2.	Makro-, meso- und mikroökonomische Konfliktminderungs- mechanismen	90
5.3.	Bekannte Entscheidungsverfahren in der Kritik	92
5.3.1.	Mehrheitsprinzip	93
5.3.2.	Marktmechanismus	94
5.3.3.	Verhandlungsverfahren	95
5.3.4.	Bürokratie und Hierarchie	96
5.4.	Durchsetzungsinstrumente unter der "Gemeinwohl"-Prämisse	97
5.5.	Praktische Erfahrungen bei der Durchsetzung von Maßnahmen	99
5.6.	Konzeptionen und Leitbilder als Instrument zur Durchsetzung neuer Maßnahmen	102
5.6.1.	Definitionen und Abgrenzungen	102
5.6.2.	Konzeptionen und Leitbilder, die sich durchgesetzt haben	103
5.7.	Die öko-soziale Marktwirtschaft eine Konzeption der Zukunft?	105

II. Teil: Spezielle Politikbereiche

6. Abschnitt: Stabilitäts- und Wachstumspolitik der Bundesregierung

6.1.	Begriffliche Klarstellungen zur Konjunkturpolitik	111
6.2.	Hohe Beschäftigung, Preisniveaustabilität, klassische und Keynes'sche Situation	114
6.3.	Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz	116
6.3.1.	Institutionelle Maßnahmen	117
6.3.2.	Instrumentelle Maßnahmen	119
6.4.	Grenzen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik	121
6.5.	Verzögerungen verschiedener Art oder Diskrepanzen zwischen Maßnahmen und Lagebeurteilung	123
6.6.	Nachfrage- oder Angebotspolitik	125
6.7.	Stimmt das "Assignment" noch?	127

7. Abschnitt: Lohnpolitik von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden

7.0.	Die Lenkungsfunktion und Kaufkrafttheorie des Lohnes	129
7.1.	Die neoklassische Lohntheorie in der Kritik	132
7.2.	Der organisierte Arbeitsmarkt	133
7.2.1.	Die Gewerkschaften in unserer Gesellschaft	135
7.2.2.	Die Arbeitgeberverbände	137
7.2.3.	Machtverteilung im Verhandlungsprozeß	138
7.3.	Das Tarifvertragssystem und die Diffusion der Tariflöhne	139
7.3.1.	Die Lohndrift	142
7.4.	Produktivitäts- und ökologieorientierte Lohnpolitik	143
7.5.	Staatliche Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung	145
7.6.	Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen	147
7.7.	Deregulierung der Arbeitsmärkte und Tariföffnungsklauseln	149

8. Abschnitt: Ökologieorientierte Strukturpolitik

8.1.	Einleitende Erläuterungen	152
8.2.	Grundsätze einer ökologieorientierten Strukturpolitik	154
8.3.	Regionale Strukturpolitik	156
8.3.1.	Abgrenzung der Fördergebiete	157
8.3.2.	Überprüfung der geförderten Maßnahmen	158
8.4.	Sektorale Strukturpolitik	160
8.4.1.	Energiewirtschaft	161

8.4.2. Verkehrssektor	164
8.4.3. Landwirtschaft	166
8.4.4. Chemische Industrie	168
8.5. Unternehmensgrößenbezogene Strukturpolitik	169
8.5.1. Existenzgründungshilfen	170
8.5.2. Ökologieorientierte Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen	172

9 Abschnitt: Nachhaltige Forschungs- und Innovationspolitik

9.1. Allgemeine Ursachen der aktuellen Innovationsprobleme	174
9.2. Ein finanzpolitischer Überblick	176
9.3. Innovationshemmnisse bei Wissenschaft, Wirtschaft und Politik	179
9.3.1. Mangelhafte Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft	181
9.3.2. Sicherheits- und Renditedenken in den Unternehmen	183
9.3.3. Innovative Unternehmensführung	184
9.3.4. Unzureichendes Angebot an Risikokapital	185
9.3.5. Patentschutz und Genehmigungsverfahren	187
9.3.6. Negatives Forschungs- und Innovationsklima	188
9.3.7. Versäumnisse in der Bildungspolitik	189
9.4. Zukünftige, ökologieorientierte Forschungs- und Innovationspolitik	190
9.4.1. Wirtschaften in Kreisläufen	191
9.4.2. Energieforschung für eine nachhaltige Entwicklung	192
9.4.3. Mobilitäts- und Verkehrsforschung	193
9.4.4. Forschung in der Landwirtschaft	195
9.5. Das Leitbild der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung	196

10. Abschnitt: Globalisierung und nationale Wirtschaftspolitik

10.1. Globale Veränderungen und nationale Handlungsmöglichkeiten	199
10.2. Internationale Finanzmärkte und Zinszusammenhang	201
10.3. Internationaler Handel, Direktinvestitionen und multinationale Unternehmen	203
10.4. Sinkende Raumüberwindungskosten und neue Kommunikationsmöglichkeiten	205
10.5. Wachsende Bindungen zwischen den nationalen Arbeitsmärkten	207
10.6. Zunehmende, weltweite Umweltprobleme	208
10.7. Möglichkeiten und Grenzen einer koordinierten Politik	210
10.7.1. Probleme der Weltwährungs-un-ordnung	211

10.7.2. Das Welthandelsabkommen und die WTO	214
10.7.3. Auf dem Wege zur Welt-Wettbewerbsordnung	216
10.7.4. Entwicklungshilfe und Rohstoffabkommen	219
10.7.5. Weltwirtschaftsgipfel - unzureichende Koordinierungsbemühungen	221
10.8. Wirtschafts- und Umweltpolitik in einer sich rasch wandelnden Weltwirtschaft	224
Literaturverzeichnis	227
Sachregister	232

I. Teil: Grundlagen der Wirtschaftspolitik

1. Grundbegriffe und das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

- Gliederung:
- 1.1. Wirtschaftspolitik warum?
 - 1.2. Definitionen und Gliederung der Wirtschaftspolitik
 - 1.3. Rationale Wirtschaftspolitik
 - 1.4. Wer betreibt Wirtschaftspolitik?
 - 1.5. Der immergrüne Streit um Werturteile
 - 1.6. Vom Reduktionismus zum ganzheitlichen Denken
 - 1.7. Das "Entropiegesetz"
 - 1.8. Ökonomische und politische Ursachen der Umweltprobleme
 - 1.9. Ansätze einer ökologieorientierten Wirtschaftstheorie
 - 1.9.1 Ansätze einer ökologieorientierten Wirtschaftspolitik

1.1. Wirtschaftspolitik warum?

Die marktwirtschaftliche Ordnung, in der wir leben und die weltweit immer mehr Befürworter findet, verlangt grundsätzlich Eigeninitiative eines jeden einzelnen zur Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse. Nicht jeder ist dazu jederzeit in der Lage. Aber dem einzelnen soll nicht die Verantwortung für sein persönliches Wohlergehen abgenommen werden. Es wird in dieser Ordnung ein mündiger Bürger erwartet, der "seines eigenen Glückes Schmied" ist und der sein Leben aktiv gestaltet. Daraus wird gefolgert, daß der Staat sich eigentlich aus der Wirtschaft herauszuhalten hat, wobei ich hinzufüge: vorausgesetzt, alle Menschen sind so, wie sie sein sollen und es sind funktionsfähige marktwirtschaftliche Beziehungen vorhanden. Jedenfalls hat in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung der Staat für seine Bürger da zu sein und nicht umgekehrt, was die Vertreter staatlicher Institutionen häufig vergessen. Nach liberaler Auffassung kann auch das Individuum stets selbst am besten einschätzen, was ihm nützt und was nicht. Dementsprechend gilt in dieser Ordnung die **Konsum- oder Verbraucherefreiheit**, die es dem Konsumenten freistellt zu entscheiden, wofür er sein Einkommen verwendet. Demgegenüber besteht die Freiheit der Unternehmer, des Produzenten - **Unternehmer oder Produzentenfreiheit** -, über die Anlage seines Kapitals und vor allem über seine Investitionen zu befinden. Bei beiden - Konsum- und Investitionsfreiheit der Verbraucher und Unternehmer - handelt es sich um Prinzipien, die von elementarer Bedeutung für Wirtschaftsordnung sind. Zu den Eckpfeilern der Marktwirtschaft gehört ferner ein **funktionsfähiger Wettbewerb**; er ist gewissermaßen die "conditio sine qua non", die unabdingbare Vor-

aussetzung für die essenziellen Freiheiten der marktwirtschaftlichen Ordnung. Außerdem ist in dieser Wirtschaftsordnung von besonderer Bedeutung die freie **Beweglichkeit der Preise (Preisflexibilität)** nach oben und unten auf Güter- und Dienstleistungsmärkten und eine möglichst weitgehende **Flexibilität der Löhne** auf den Arbeitsmärkten. Preissenkungen sind heute auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten allerdings selten geworden, Preiserhöhungen dagegen die Regel. Die sog. Lohndrift auf den Arbeitsmärkten, die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlöhnen, die dort für Beweglichkeit gesorgt hat, ist ebenfalls in den Jahren zunehmenden Konkurrenzdrucks aus dem Ausland stark reduziert worden. Nicht selten hat die staatliche Politik, häufig auch aufgrund des Drucks aus der Wirtschaft durch die organisierten Interessen, oder die verbandliche Wirtschaftspolitik selbst diese Grundelemente der marktwirtschaftlichen Ordnung mißachtet und ihre Wirksamkeit eingeengt. Dem wurde aufgrund von Unkenntnis oder eines weit verbreiteten Opportunismus von Politikern kein Widerstand entgegengesetzt.

Dennoch, ganz ohne den Staat geht es auch nicht. Der Staat ist und bleibt - neben anderen Machtgruppen - Träger der Wirtschaftspolitik. Was aber darf er nicht, und was muß er in einer marktwirtschaftlichen Ordnung machen? Die Frage nach dem Staat in der Marktwirtschaft ist ein altes, immer aktuelles Thema, das nie abschließend eindeutig beantwortet werden wird. Die liberale Idee in der Wirtschaft, von Adam Smith maßgeblich propagiert, wendet sich grundsätzlich gegen den Staat im Merkantilismus, nachdem sich ein freies Unternehmertum herausgebildet hatte. Der Bismarck'sche Nationalstaat überführte 100 Jahre später die vielen privaten, regionalen Eisenbahnen in Staatseigentum, um ein nationales Bahnnetz auch aus volkswirtschaftlichen Gründen aufzubauen. Heute geht es in der vorherrschenden Diskussion wieder um eine Rückführung staatlicher Tätigkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Der Staat hat überall dort im Wirtschaftsgeschehen nichts zu suchen, wo funktionierende wettbewerbliche Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten bestehen oder auch nur möglich sind. Der Staat muß keine Automobilfabriken oder Fluglinien besitzen, und er sollte sich aufgrund neuer technischer Entwicklungen mit der Beseitigung von Netzmonopolen aus der Telekommunikation heraushalten, um nur einige Beispiele zu nennen. Grundsätzlich hat die private, wettbewerbliche Marktbeziehung Vorrang vor der bürokratisch-hierarchischen Ordnung, weil so die Anzahl der Freiheitsgrade der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer erhöht wird. Anders ausgedrückt: wenn es irgend geht, sollten wir wettbewerblich Marktbeziehungen zwischen den handelnden Subjekten herstellen und nicht das Zusammenleben durch einen immer subjektiven "**Primat der Politik**" regeln wollen.

Dem Staat bleibt dennoch - wie gesagt - gerade auch in der Wirtschaftspolitik viel zu tun. Auch über diese Frage, was er hier tun muß und was nicht, gibt es im Zeitablauf und heute wieder, Auffassungsunterschiede. Zunächst geht es unter Beachtung der vorher genannten Grundsätze um die folgenden Fragen:

- Individual- versus Sozialprinzip. Wieviel Sozialstaat kann sich eine marktwirtschaftliche Gesellschaft erlauben, wann sind die Grenzen überschritten? Der Staat ist gefordert, diese Frage ständig neu zu bestimmen, zumal wenn sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen rapide verändern. Zur Marktwirtschaft gehört aber zwingend die soziale Ergänzung, insbesondere in der parlamentarischen Demokratie. Die **Sozialpolitik**, die mit der Wirtschaftspolitik in enger Wechselwirkung steht, wird hier jedoch nicht näher behandelt.

- Sicherung des Wirtschaftens durch Einbau der erforderlichen **ökologischen Rahmenbedingungen**, um auf Dauer eine "nachhaltige" Entwicklung zu gewährleisten. Damit verbunden ist insbesondere die Schaffung eines Preissystems, das die Umweltschäden des Wirtschaftens und die Begrenztheit aller Ressourcen von vorn herein ins marktwirtschaftliche Kalkül einbaut. Diese Aufgabe erfordert mindestens dreierlei: zunächst die Umgestaltung der ökonomischen Theorie als Grundlage einer rationalen Politik; sodann die Überprüfung aller speziellen Bereiche der Wirtschaftspolitik unter ökologischen Aspekten und besondere politische Bemühungen, die im Abschnitt "ökologieorientierte Strukturpolitik" behandelt werden.

- Stabilisierung des Marktgeschehens durch **aktive Konjunkturpolitik**, heute vor allem Beschäftigungspolitik, die sowohl nachfrage- und/oder angebotsorientiert sein kann. Dabei wird davon ausgegangen, daß keynesianische Nachfragepolitik (Globalpolitik) aus vielerlei Gründen heutzutage nicht praktiziert werden wird. "Keynes'sche Situationen" aber sind für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen, wemgleich entsprechende Gegenmaßnahmen auf nationaler Ebene wenig erfolgversprechend erscheinen. Ein besonderer Abschnitt beschäftigt sich ausführlicher mit den heutigen Möglichkeiten und Grenzen einer globalen Politik zur Sicherung stabiler Preise, hoher Beschäftigung und einer ausgeglichenen Leistungsbilanz.

- **Stabile Preisentwicklung** ist eine wesentliche Bedingung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, worauf besonders Walter Eucken hingewiesen hat. Verantwortlich hierfür zeichnet in erster Linie die jeweilige Nationalbank. Ob sie jedoch mit ihrer Politik allein in der Lage ist, ein stabiles Preisniveau in einer Volkswirtschaft zu gewährleisten, ist wissenschaftlich umstritten. Auf alle Fälle sichert sie mit ihren Bemühungen um Preisstabilität die Rechenhaftigkeit und damit die Funktionsfähigkeit dieser Ordnung, und insofern gehört eine stringente Geldpolitik zu einem besonders wichtigen Politikbereich in der Marktwirtschaft.

- Besondere Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Dieser Bereich muß als wichtiger Teilbereich der Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft stärker als bisher ins wissenschaftliche Blickfeld gerückt werden. Hier müssen sowohl die ökologische Frage als auch die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung Beachtung finden. Dennoch hat sich nach allgemeiner Auffassung die **Tarifautonomie** bisher bewährt. Es ist davon auszugehen, daß ohne **Lohnfindung** durch die Tarifparteien und ihr Lohnfindungssystem ein wichtiger Konfliktverminderungsmechanismus in der Marktwirtschaft verlorengeht, der hoch bewertet werden kann.
- Ohne staatliche Wettbewerbspolitik würde das Grundprinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung, der **funktionsfähige Wettbewerb**, langfristig wohl eliminiert. Wettbewerb ist für alle Unternehmen ein Unruhe und Unsicherheit schaffender Faktor, dem man am liebsten entfliehen möchte: durch Kartellbildung, Unternehmensfusionen oder Monopolisierung des Marktes. Deshalb leidet die Marktwirtschaft inhärent an einem Trend zur Selbstauflösung, wenn nicht immer wieder Wettbewerb erzwungen wird durch Marktöffnungen, Schaffung von Freihandelszonen oder u.a. durch staatliche Wettbewerbspolitik. Zur Zeit können wir davon ausgehen, daß zumindest im industriellen Sektor aufgrund der gestiegenen, erheblichen Konkurrenz aus dem Ausland ein funktionsfähiger Wettbewerb besteht.
- Die **Internationalisierung der Wirtschaft**, wie insbesondere der Finanzmärkte, der Güter- und Dienstleistungsmärkte mit erheblichem Einfluß auf die Arbeitsmärkte, verlangt geradezu nach einer Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik. Mit dieser Entwicklung verlieren bisher wichtige Politikbereiche wie die Geld-, Finanz- oder Konjunkturpolitik an Wirkung, während andere Bereiche wie die Außenwirtschaftspolitik oder die Struktur- und Regionalpolitik an Bedeutung gewinnen. Während die Wirtschaft, zumindest die Großwirtschaft, sich auf diesen Weltmärkten einzurichten beginnt, sind die national ausgerichteten staatlichen Instanzen zur Beeinflussung, geschweige zur Kontrolle, nicht mehr in der Lage. Hier ist die Wissenschaft mit neuen Politikentwürfen gefragt.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß der Staat in einer Marktwirtschaft selbstverständlich auch für den privatrechtlichen Rahmen und eine entsprechende Infrastruktur verantwortlich ist. Beides muß auf neuestem Stand gehalten werden. Hierauf, wie auch auf die Notwendigkeiten der Sozialpolitik wird in diesem Buch nicht näher eingegangen. Sie gehören nicht zur Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, obgleich selbstverständlich Wechselwirkungen bestehen. Das gilt auch für die Bildungspolitik, die nicht zuletzt aufgrund der weltwirtschaftlichen

Entwicklung außerordentlich an wirtschaftspolitischer Bedeutung gewonnen hat. Die **Verteilungspolitik** hingegen, die noch in vielen älteren Lehrbüchern gesondert abgehandelt wird, hat an wissenschaftlichem und politischem Interesse eingebüßt. Wohl nicht, weil hier trotz intensiver Befassung keine Erfolge erzielt wurden, sondern eher, weil diese Frage nach der Verteilung von anderen wichtigen Problemen, wie der Ökologisierung und der Internationalisierung der Wirtschaft und dem damit verbundenen Strukturwandel, ablenken kann. Effizienzsteigerung und Verteilungsfragen können durchaus in einen Widerspruch geraten, und dann hat m.E. heute die Effizienzproblematik Vorrang vor der "gerechteren" Verteilung der Einkommen auf die Produktionsfaktoren. Ausgeklammert wird in diesem Buch ferner die **Mittelstandspolitik** oder **Strukturpolitik** für kleine und mittlere Unternehmen, obgleich sie eine umfassende Behandlung verdient hat. Ohne gezielte und effektive Politik für kleine und mittlere Unternehmen würde unsere Marktwirtschaft Schaden nehmen und die Wirtschaftskonzentration noch stärker steigen. Die Ordnungsvision der hier behandelten Politik ist nicht eine "reine", sondern eine soziale, ökologieorientierte Marktwirtschaft.

1.2. Definitionen und Gliederung der Wirtschaftspolitik

Die Definition von Wirtschaftspolitik hat im Zeitablauf einen erheblichen Wandel durchgemacht. Die Klassiker sprachen von "Politischer Ökonomie", die Vertreter der historischen Schule von "Nationalökonomie", und heute ist der Begriff "**Wirtschaftspolitik**" oder "economic policy" allgemein akzeptiert. Jeder Ökonom, der auf sich hält, hat den vielen Definitionen eine neue hinzugefügt. Ich will hier die Definition von Karl Schiller wiedergeben, der meint: "Unter Wirtschaftspolitik verstehen wir die gestaltenden Maßnahmen, die der Staat oder von ihm abgeleitete oder faktisch zuständige Einrichtungen im Hinblick auf Wirtschaftsprozess, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung treffen". Richtig ist sicherlich, daß Politik immer etwas mit Gestaltung zu tun hat. Vorstellbar ist heute allerdings eine "Gestaltung" nicht nur durch aktives Tun, sondern auch durch Unterlassen. Wenn wir dabei z.B. an Einsparen von Energie, an die Verringerung der CO₂-Emissionen, denken, dann ist nicht nur der Staat, sondern jeder einzelne unmittelbar gefordert. Insofern kann durch beispielhaftes Verhalten jeder einzelne im gewissen Ausmaß durchaus Wirtschaftspolitik betreiben.

Im übrigen sind die Politikbereiche von Schiller noch rein national definiert. Maßnahmen der **Außenwirtschaftspolitik** sind durchaus Wirtschaftspolitik, aber sie tangieren nicht unbedingt den volkswirtschaftlichen "Prozeß", die "Struktur" oder die "Ordnung". Wenn wir alles erfassen wollen, muß die Definition noch allgemeiner ausfallen. So meint B.-T. Ramb: "Unter Wirtschaftspolitik ist generell jede politische Maßnahme zu verstehen, die wirtschaftliche Wirkungen besitzt". Damit wird jede(r) Bürger(in) zum "verantwortlichen Wirtschaftspoliti-

ker", und dies ist im Hinblick auf die ökologische Herausforderung nicht ohne weiteres abzulehnen. Zwar sollte dem "guten Zureden" für das Verhalten des einzelnen nicht zuviel Gewicht beigemessen werden, aber völlig unbedeutend scheint diese Art der Gestaltung in einer saturierten Volkswirtschaft nicht zu sein.

Mit der Gliederung der Wirtschaftspolitik ist es so ähnlich wie mit den Definitionen. Wir haben eine Gliederung, die sinnvoll erscheint, bereits selbst verwendet, indem wir zwischen allgemeiner und spezieller Wirtschaftspolitik, zwischen Grundlagen und besonderen Politikbereichen unterscheiden. Im Bereich der "Grundlagen" werden wirtschaftspolitische Fragen behandelt, die generell für die gesamte Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind. Sie sind mehr theoretischer Art. Bei den speziellen Politikbereichen handelt es sich um besondere Aufgaben, die in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung behandelt werden müssen. Dabei ist eine klare Abgrenzung - ohne Einfluß auf andere Bereiche - kaum möglich. **Keynesianische Globalpolitik** oder **Friedman'sche Geldpolitik** beispielsweise haben ungewollt erheblichen Einfluß auf die Wettbewerbsstruktur einer Wirtschaft. Was hierdurch an funktionsfähigem Wettbewerb zerstört wird, muß durch Wettbewerbspolitik oder aktive Mittelstandspolitik wieder ausgeglichen werden. Dies ist nur ein Beispiel, aber ähnliche Wechselwirkungen gibt es auch zwischen Tarifpolitik und Geldpolitik oder zwischen Wachstumspolitik und dem Ziel nach einer ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft.

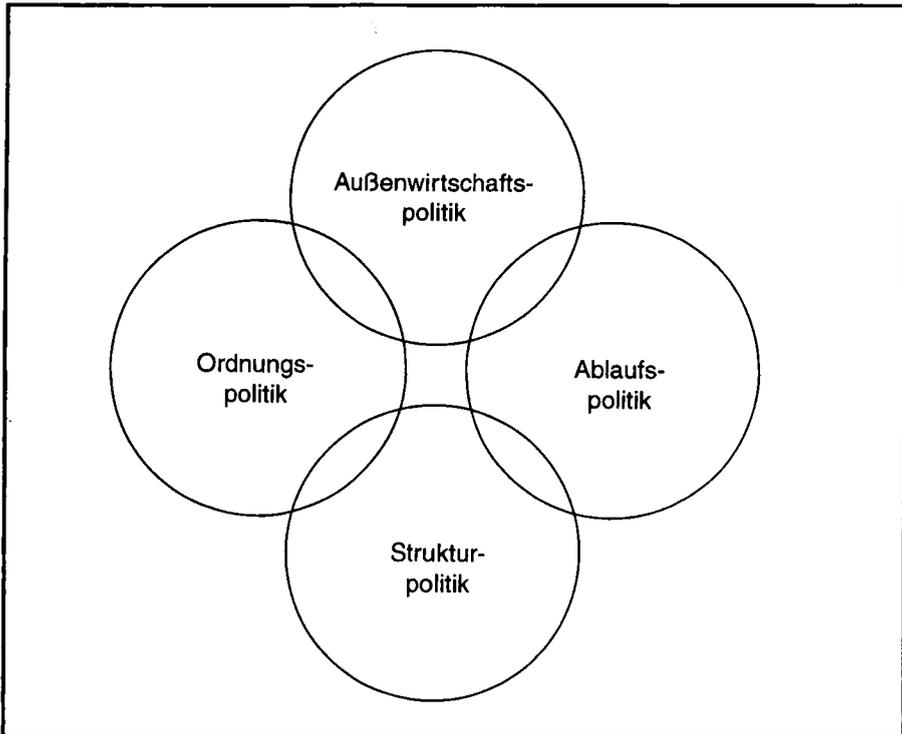
Oder nehmen wir den weiteren Gliederungsversuch zwischen **quantitativer und qualitativer Wirtschaftspolitik**. Hinter der quantitativen Politik steckt der Versuch, mehr Rationalität in die Politik zu bringen. Hier sollen insbesondere mit Hilfe der Ökonometrie sowohl Maßnahme wie Auswirkung mengenmäßig abgeschätzt oder vorherbestimmt werden. Mathematische Modelle sind in diesem Fall sinnvoll. Sie können Zusammenhänge besser erläutern. Das klassische Beispiel für qualitative Wirtschaftspolitik ist die sog. Ordnungspolitik. Die Schaffung oder Auflösung von Monopolen verändert die Wirtschaft qualitativ. Auch hier gibt es zwischen beiden Bereichen keine einwandfreien Abgrenzungen; denn das Monopolbeispiel hat auch quantitative Effekte, indem zum Beispiel die Preise erhöht oder erniedrigt werden.

Eine Abgrenzung ist im deutschen Schrifttum weit verbreitet, die ich für unvollkommen, aber sinnvoll halte. Unterschieden wird - wie es Karl Schiller abdeutet - zwischen Ordnungs-, Ablaufs-, und Strukturpolitik. Die **Ordnungspolitik**, ein Begriff vor allem im deutschen Sprachgebiet, geht auf W. Eucken zurück. Dazu zählt vor allem die Wettbewerbspolitik, aber sicherlich auch die Verbraucher-, Privatisierungs-, Entbürokratisierungs- und Deregulierungspolitik, um nur einige Beispiele zu erwähnen. Zur **Ablaufs-, Prozeß- oder Konjunkturpolitik** rechnen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, den Verlauf der Wirtschaft zu beeinflus-

sen, vor allem mit dem Ziel, hohe Beschäftigung, stabile Preise, angemessenes Wirtschaftswachstum und eine ausgeglichene Leistungsbilanz zu erreichen. Wie schon angedeutet, hat selbstverständlich die Ablaufpolitik wiederum Auswirkungen auf die Ordnung und die Struktur der Wirtschaft. Von einer konkreten **Strukturpolitik** wollen eingefleischte neoklassische Wissenschaftler oder Politiker nicht so gerne etwas wissen, weil für sie eigentlich nur Ordnungspolitik in Betracht kommt. Dennoch wird sie seit L. Erhard in der Bundesrepublik betrieben. Sie kann unterschieden werden zwischen regionaler, sektoraler, unternehmensgrößenbezogener und zukunftsorientierter Strukturpolitik.

Die regionale Strukturpolitik wird in erster Linie durch die "Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ausgefüllt, aber auch durch andere raumbezogene Maßnahmen. Zur sektoralen Strukturpolitik gehören die Agrarpolitik, die Verkehrspolitik, die Energiepolitik, kurz: die Politik für einzelne Wirtschaftszweige. Bei der unternehmensgrößenbezogenen Strukturpolitik, ein anderer Ausdruck für Mittelstandspolitik, geht es primär um einen "Nachteilsausgleich" im Wettbewerbsprozeß der kleinen und mittleren gegenüber den Großunternehmen. Mit "zukunftsorientierter Strukturpolitik" soll schließlich die Forschungs- und Technologiepolitik bezeichnet werden, die auf die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur Einfluß nimmt. Auch sie ist ein Teil der Wirtschaftspolitik und hat sich an die allgemeinen Spielregeln der Wirtschaftspolitik zu halten. Das war und ist leider nicht immer der Fall. Mit hohen Milliardenbeträgen wurde zum Beispiel durch den Staat die Schnelle-Brüter-Technologie unterstützt - selbst dann noch, als völlig klar war, daß es sich hierbei um eine wirtschaftliche Fehlentwicklung handelt.

Struktur der Wirtschaftspolitik



Wie schon angedeutet, ist die **Außenwirtschaftspolitik** in dieser Gliederung schwer unterzubringen. Die Errichtung von Außenhandelskammern kann ordnungspolitischen Charakter haben, während andere Maßnahmen, wie die politische Unterstützung bei der Anbahnung von Geschäften im Ausland, kaum zur Ordnungs-, Ablaufs- oder Strukturpolitik zu rechnen sind. Wechselkursveränderungen können den Ablauf der Wirtschaft beeinflussen und haben gleichzeitig Auswirkungen auf die Geldpolitik der Notenbank. Auch diese Gliederung bleibt deshalb unvollkommen, und wir hoffen, daß sie dennoch zur Konkretisierung und besseren Verständigung beiträgt.

Erwähnt sei hier noch die Unterscheidung zwischen **theoretischer und praktischer Wirtschaftspolitik**. Theoretische Wirtschaftspolitik ist wissenschaftliche Wirtschaftspolitik mit einem hohen Abstraktionsgrad und möglichst frei von Werturteilen. Sie ist gewissermaßen die Basis der praktischen Wirtschaftspolitik; sie liefert die Theorien und Grundaussagen, an denen sich die aktuelle Wirtschaftspolitik zu orientieren hat. Die praktische Wirtschaftspolitik, ist dagegen

stets von Interessen der praktizierenden Politiker, von Einflußnahmen der interessierten Gruppen geprägt. Dennoch erscheint mir diese Unterscheidung wenig hilfreich. Zunächst muß festgehalten werden, daß die theoretische Wirtschaftspolitik keinesfalls immer in der Lage ist, zu konkreten Sachverhalten eindeutige Aussagen zu machen. Sodann ist der "Wahrheitsgehalt" theoretischer Aussagen, worauf noch ausführlicher eingegangen wird, entsprechend der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung ebenfalls nur eng begrenzt. Allzu häufig sind theoretische Aussagen auch nicht frei von Interesseneinflüssen. Die praktische Wirtschaftspolitik sollte demgegenüber nicht von vornherein als Interessenpolitik abgetan werden, obgleich die Interesseneinflüsse erheblich sind. Nach meiner festen Überzeugung muß die von verantwortlichen Wirtschaftspolitikern formulierte Wirtschaftspolitik möglichst identisch sein mit theoretischer Wirtschaftspolitik. Der Einfluß der Interessen - organisiert oder nicht - macht sich mit Sicherheit vorher oder hinterher bemerkbar. Dieser Einfluß ist zweifellos ein großes Problem, das besondere Beachtung verdient.

1.3. Rationale Wirtschaftspolitik

Mehr Rationalität in der praktizierten Wirtschaftspolitik oder Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik, ist heute und in Zukunft dringend erforderlich, auch um den vorhandenen Einfluß von Interessen zurückzudrängen. Dafür ist zunächst die Formulierung einer rationalen, gesamtwirtschaftlichen Politik erforderlich, die dann stets im Laufe des Entscheidungs- und Durchsetzungsprozesses von den vielfältigen Einflüssen verändert werden kann. Wenn der Wirtschaftsminister beispielsweise als Hauptakteur nur einseitig partei- oder gruppenspezifische Interessen bei seinen Maßnahmen beachtet oder mit seinen Aktivitäten gewissermaßen nur den "kleinsten gemeinsamen volkswirtschaftlichen Nenner" anpeilt, büßt er automatisch an Durchsetzungskraft und gesamtwirtschaftlicher Effektivität ein.

Eine **rationale Wirtschaftspolitik** hat sich zunächst Klarheit über das anzustrebende Ziele oder Zielbündel zu verschaffen, sodann ohne Vorurteile und frei von Interessen die Lage zu analysieren, um die Maßnahme vorzuschlagen, die das erwünschte Ziel optimal erreichen. Der logische Dreisprung einer rationalen Wirtschaftspolitik lautet also: Lageanalyse - Zielbestimmung - Maßnahme! Diese Vorgehensweise hat nicht nur in der Wirtschaftspolitik eine gewisse Logik für sich, sondern auch bei allen anderen Entscheidungssituationen. Mit den Problemen der Lageanalyse, mit der Notwendigkeit von Prognosen und der Zielbestimmung, mit Unter- und Nebenzielen, werden wir uns in gesonderten Abschnitten ausführlicher befassen. Was die **praktische Wirtschaftspolitik** schnell in Verruf bringen kann, ist die Tatsache, die wir viele Jahre feststellen mußten, daß nur noch Politik für bestimmte Interessengruppen ohne gesamtwirtschaftliche Orien-

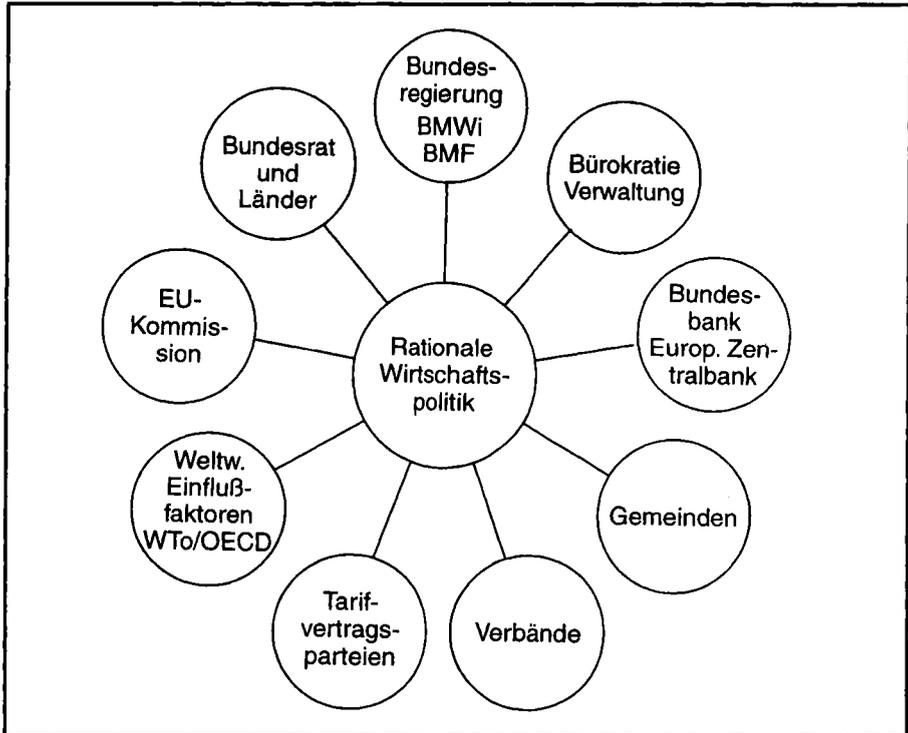
tierung, und ohne sichtbares Bemühen um optimale, gesamtwirtschaftliche Lösungen formuliert und durchgeführt wird.

So stellt sich heute die Frage, ob eine volkswirtschaftlich umfassend rationale Politik im wirtschaftlichen Bereich überhaupt noch möglich ist. Das hat nicht nur mit den neuen ökologischen Herausforderungen und den weltwirtschaftlichen Einflüssen zu tun, denen die Politik ausgesetzt ist und die selbstverständlich beachtet werden müssen. Das hat - nach unseren Erfahrungen - vor allem mit dem Einfluß der mächtigen Interessengruppen auf die Politik und dem politischen Taktieren der Parteien zu tun. Zum einen sind die Parteien bereits "Gefangene" bestimmter Interessen, zum anderen ist auch der zweite bedeutende Machtfaktor in unserer Republik, die **Ministerialbürokratie**, vom Interesseneinfluß im Laufe der Zeit durchdrungen worden. Wenn das so ist, wäre selbst ein "Supermann" oder eine "Superfrau" als Minister kaum noch in der Lage, rationale Politik zu formulieren und durchzusetzen. Derartige "Supermänner" hat es mit Erhard oder Schiller vielleicht einmal gegeben. Sie sind in der aktuellen Politik aber selten geworden, weil nicht mehr so sehr die Fachkenntnis, sondern eher die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder Gruppe und die unbedingte Solidarität zum amtierenden Regierungschef zählt.

1.4. Wer betreibt Wirtschaftspolitik

In diesem Kapitel geht es um die Frage, "Wer" - welche Person oder Institution - gestaltend auf die Volkswirtschaft oder Teile davon (Struktur) einwirken kann. Auch in diesem Bereich gibt es keine endgültigen und unumstößlichen Aussagen; denn kaum etwas verändert sich so schnell wie die Rahmendaten der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In vielen Lehrbüchern wird die Bundesregierung als entscheidender "**Träger**" der **Wirtschaftspolitik** dargestellt, obgleich heute der Einfluß der EU-Kommission, der unabhängigen Zentralbank und der Weltwirtschaft möglicherweise von größerem Gewicht sind. Das folgende Schaubild soll die bedeutendsten Einflußfaktoren (Träger) aufzeigen. Danach kommt der Bürokratie oder der Bundesbank, um nur einige Beispiele zu nennen, ein eigenständiger Einfluß, in gleichem Ausmaß wie der Bundesregierung zu. Der Einfluß der verschiedenen Träger auf die Politik wird sich im Zeitablauf durchaus verändern.

Träger der Wirtschaftspolitik:



Der Einfluß der **Bundesregierung** auf die Entwicklung der Volkswirtschaft hat in den letzten Jahren erheblich abgenommen. Das hat einerseits damit zu tun, daß Handlungsmöglichkeiten bewußt aufgegeben worden sind, und andererseits durch Schaffung übernationaler Institutionen und die Öffnung der Weltmärkte politische Gestaltungsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaftspolitik verringert wurden. Vor allem in der Ablaufpolitik, früher Konjunktur- oder Globalpolitik genannt, gibt es kaum Maßnahmen, die ohne ernsthafte Nebenwirkungen ein Problem zielgerichtet beseitigen. Aber auch in der Ordnungs- und Strukturpolitik muß Rücksicht auf Umweltschutz und die neuen weltwirtschaftlichen Verflechtungen genommen werden. Was wir benötigen und heute auch noch betreiben können, ist mehr **internationale Wirtschaftspolitik** und Außenwirtschaftspolitik und vielleicht stärker als bisher Strukturpolitik - **ökologisch orientierte Strukturpolitik** - in ihren verschiedenen Dimensionen. Dabei darf allerdings die Gefahr nicht mißachtet werden, daß diese Strukturpolitik in einen sog. "punktuellen In-